

Die Erhöhung der Verbraucherpreise für Milch und Milchprodukte und die Veröffentlichung der „Qualitätsstandards für die Schulverpflegung“ [1] sind zwei aktuelle Beispiele für ernährungspolitische Maßnahmen in Deutschland. Welche Aufgaben aber hat Ernährungspolitik im Allgemeinen und wie funktioniert sie in Deutschland? Um dies zu beantworten, werden zunächst die Arbeitsbereiche der Ernährungspolitik beschrieben, um anschließend Strukturen, Ziele, Strategien und Maßnahmen besprechen zu können.

# Ernährungspolitik in Deutschland

Von der Ernährungssicherung bis zum gesundheitsfördernden Lebensstil



Dr. Dorothee Straka  
Sudetenstraße 5  
35418 Buseck  
E-Mail: Duh.straka  
@t-online.de

Betrachtet man die vielfältigen Aufgaben und aktuellen Entwicklungen in der Ernährungspolitik, wird eines schnell deutlich: Ernährungspolitik ist ein facettenreicher, vernetzter Politikbereich, der sich je nach Blickrichtung der beteiligten Akteure sehr unterschiedlich darstellen kann. Die eingangs genannten Beispiele lassen politische Differenzen bereits erahnen. In der öffentlichen Diskussion solcher Themen liegen aber auch große Chancen, Ernährungsprobleme auf politischer Ebene zu lösen und zu verankern. Dieser komplexen Aufgabe stellt sich das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz mit einem Eckpunktepapier, das die Basis für einen erstmaligen „Nationalen Aktionsplan Ernährung“ bildet [2].

## Notwendigkeit von Ernährungspolitik an Beispielen

### Die primäre Aufgabe: Ernährungssicherung

Bereits in der Antike waren „Brot und Politik“ eng miteinander verknüpft, wenn z. B. in Zeiten der Nahrungsverknappung das römische Volk die regierenden Politiker massiv unter Druck setzte und zum Handeln zwang. Letzteres geschah dann zwar meistens in Form von kurzfristig wirksamen Maßnahmen (z. B. Rationierung, Antispekulationsmaßnahmen, Spenden), aber seit der Amtszeit von Kaiser Augustus auch in Form von mittel- und langfristig wirksamen Strategien, wie z. B.:

- Ausbau der Infrastruktur
- Kontrolle des Handels

- Ausbau der Speicher und Vorratshaltung
- Bildung von Geldrücklagen zum Ankauf von Getreide in Notzeiten
- dauerhafte Alimentierung der städtischen Armen [4]

Dieses Beispiel macht deutlich, dass die Verantwortung des Staates für die Sicherung der Nahrungsversorgung nicht zuletzt dazu dient(e), gesellschaftlichen Spannungen vorzubeugen. Die Sorge (des Staates) um die Ernährungssituation der Bevölkerung wird besonders bei ungleicher Güterverteilung zu einem politisch brisanten Thema. Ein Problem, das auch 2000 Jahre später noch nicht erschöpfend gelöst ist, so dass noch heute in der internationalen Gemeinschaft die weltweite Bekämpfung von Hunger höchste Priorität hat, wie es an den international vereinbarten UN-Millennium-Zielen bis 2015 deutlich wird [5].

In Deutschland gewinnen, v. a. aufgrund der Wohlstandssituation und ihrer Folgen, über die Ernährungssicherung hinaus zunehmend *Lebensmittelsicherheit*, *Gesundheit* und *Nachhaltigkeit* ernährungspolitisch an Bedeutung.

### Krisenreaktion: Lebensmittelsicherheit

Ein politisches Schlüsselerlebnis in Bezug auf die *Lebensmittelsicherheit* stellte in Deutschland die BSE-Krise dar. Sie entfachte 2000/2001 eine lebhafteste gesellschaftspolitische Diskussion. Diese bewirkte 2001 eine Trendwende in der Agrarpolitik, infolgedessen die Lebensmittelsicherheit ein größeres Gewicht erhielt.



Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in Bonn

Organisatorisch besiegelt wurde dies durch die Umbildung des bisherigen Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) in das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL; seit 2005: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz – BMELV).

#### Aktuelle Aspekte: Gesundheit und Nachhaltigkeit

Unter besonderer Berücksichtigung der Aspekte Gesundheit und Nachhaltigkeit zeigt HAYN im Rahmen des Projektes „Ernährungswende“<sup>1</sup> exemplarisch, wie gesellschaftlicher Wandel in den letzten Jahrzehnten zu veränderten „Ernährungsleitbildern“ geführt hat. Dazu wurden Printmedien zur Ernährungsinformation in unterschiedlichen Zeiträumen untersucht [6].

Ernährungsleitbilder verdeutlichen Lebensstile einer Gesellschaft, die als erstrebenswert gelten, im Bereich Ernährung also Visionen eines praktisch realisierbaren Essalltags. In den 1950er Jahren – also der Nachkriegszeit – steht erwartungsgemäß die Nährstoffbedarfsdeckung im Mittelpunkt. Es geht hierbei um die richtige und vernünftige Ernährung, die der optimalen Nährstoffversorgung und Leistungsfähigkeit dient. Der Gesundheitsaspekt spielt im Sinne von Krankheitsbekämpfung eine Rolle,

während Umweltaspekte völlig unbedeutend sind.

Der Grundsatz der Nährstoffbedarfsdeckung besteht in den 80er Jahren fort, wobei hier aufgrund des steigenden Übergewichtsproblems Mäßigung, Einschränkung und Verzicht hinzukommen. Um die Jahrtausend-

wende liegt der Schwerpunkt auf vollwertiger und bewusster Ernährung. Mäßigung wird nur noch für bestimmte Lebensmittel empfohlen (z. B. Fleisch, Fette). Der Genuss und auch die gemeinsame Zubereitung des Essens spielen eine Rolle. Im Leitbild nutzt die „Haushaltsmanagerin“

### Entwicklungen und Schwerpunkte der Ernährungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Die ersten Aufgaben des bereits im Jahr 1949 gegründeten Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten lagen – wie schon bei seinem 1920 entstandenen Vorgänger, dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft – in der Ernährungssicherung der Bevölkerung. Dies war in der von Nahrungsmittelknappheit geprägten Nachkriegszeit vordringlich, gleichzeitig eine klassische Aufgabe der Ernährungspolitik.

Mitte der 50er Jahre rückt mit dem Landwirtschaftsgesetz von 1955 die Agrarpolitik, d. h. die Unterstützung der heimischen Landwirtschaft und ihre Teilnahme an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung, in den Mittelpunkt. Ab 1957 kommen mit der Gründung der EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) Aufgaben einer europaweit koordinierten Agrarpolitik hinzu. In den folgenden Jahrzehnten bilden diese zusammen mit Katastrophensicherung und Forstpolitik die Hauptinhalte der Ministeriumsarbeit.

In den 80er Jahren stehen dann gänzlich neue Herausforderungen an: Zunächst die Einführung eines regelmäßigen Waldzustandsberichts aufgrund der zunehmenden Waldschäden, später dann die Einführung der Milchquote und in den 90er Jahren eine Agrarreform zur wirksamen Begrenzung der sich ausweitenden europäischen Überschussproduktion. Nach der Wiedervereinigung müssen daneben die Land- und Ernährungswirtschaft in den neuen Ländern umstrukturiert und der neuen Marktlage angepasst werden.

Im Rahmen der Agenda 2000 einigen sich die EU-Länder 1999 auf eine gemeinsame Reform der Agrarpolitik, deutschlandweit rückt ab 2000 aufgrund der BSE-Krise die Lebensmittelsicherheit und die Stärkung der Verbraucherinteressen in den Mittelpunkt (siehe Text). Gleichzeitig werden unter Regierungsbeteiligung der Grünen/Bündnis90 von Agrarministerin Künast Weichen für eine stärkere Förderung des Bio-Lebensmittelmarktes gestellt (u. a. Einführung des staatlichen Bio-Siegels). Die aktuellen Schwerpunkte des Ministeriums unter Leitung von Minister Seehofer liegen in der „Zukunft der ländlichen Räume“, der „Ernährungsaufklärung“ und dem „gesundheitlichen Verbraucherschutz“ [3].

<sup>1</sup>Projekt: „Ernährungswende – Strategien für sozialökologische Transformationen im gesellschaftlichen Handlungsfeld Umwelt-Ernährung-Gesundheit“ (2002–2005)

### Impulse für die Ernährungspolitik

- Stärkung der Ernährungskompetenzen
- Berücksichtigung veränderter Konsumentenbedürfnisse
- Integration des Nachhaltigkeitsprinzips
- Sicherung der Nahrungsgrundlage für ökonomisch schwache Haushalte
- Gesundheitsförderung und Ernährung

Abb. 1: Aktuelle Impulse für die Ernährungspolitik aus dem Projekt „Ernährungswende“ [6]

die moderne Technik und Informationsquellen, um eine gesundheitsförderliche Ernährung für mehr Lebensqualität und Wohlbefinden sowie umwelt- und sozialverträgliches Handeln im Alltag umsetzen zu können.

Die im Projekt aus den aktuellen Leitbildern abgeleiteten Vorschläge für ernährungspolitisches Handeln machen nicht nur staatlichen Regelungsbedarf geltend, sondern betonen darüber hinaus die Notwendigkeit, die individuelle Verbrauchersituation zu berücksichtigen (◆ Abbildung 1) [6].

Der Begriff „Ernährungswende“ soll dabei zum Ausdruck zu bringen, dass sich die Ernährungspolitik in Deutschland veränderten Ernährungsleitbildern stellen muss. So ist nach Auffassung von EBERLE et al. eine Ernährungswende nur „... dann erfolgreich, wenn Ernährung umweltverträglich und gesundheitsfördernd ist, wenn sie alltagsadäquat gestaltet ist und soziokulturelle Vielfalt ermöglicht.“ [7 (S. 14)]

### Strukturen und Aufgaben der Ernährungspolitik

Nachdem zuvor Arbeitsbereiche der Ernährungspolitik und Trendwenden der letzten Jahre thematisiert worden

sind, stellt sich die Frage, wie sich Ernährungspolitik als Ressort verankern lässt.

MEIER-PLÖGER et al. (2005) plädieren ausdrücklich für einen eigenständigen Politikbereich Ernährungspolitik, der mit anderen zu vernetzen ist. Detailliert wird im Grundsatzpapier des wissenschaftlichen Beirats „Verbraucher- und Ernährungspolitik“ (des BMVEL) dargestellt, wie ein solcher aussehen kann [8]. Ernährungspolitik umfasst danach institutionelle Gegebenheiten der Ernährungs- und Agrarpolitik, Ernährungstrends in Deutschland, Lebensmittelsicherheit und globale Märkte. So stellt sich Ernährungspolitik (Nutrition Policy, Food Policy, Consumer Policy) als eine „Verbraucherpolitik im Ernährungsbereich“ dar. Damit werden die Produktion, Verarbeitung und Distribution von Lebensmitteln sowie der Handel ebenso bedeutsam wie die Förderung einer gesundheitsbewussten Ernährung (◆ Abbildung 2).

Um eine wie in ◆ Abbildung 2 gezeigte vernetzte Struktur sicherzustellen, werden das BMELV und seine nachgeordneten Behörden von weiteren Institutionen unterstützt und beraten (◆ Abbildung 3). Daneben wirken Verbraucherorganisationen, Berufs-/ Fachverbände sowie Interessenverbände der Agrar- und Ernährungswirtschaft und des Gesundheitssektors ernährungspolitisch mit.

Der im Grundsatzpapier festgehaltene umfassende Aufgabenkatalog präsentiert sich vielfältig und interdisziplinär. Er stellt die Forderung auf, dass die Interessen von Verbrauchern gegenüber den Interessen der Agrar- und Ernährungswirtschaft deutlich vertreten werden (◆ Abbildung 4).

Um die Ernährungspolitik zukünftig noch stärker positiv zu positionieren, ist es MEIER-PLÖGER et al. wichtig, eine Reihe unterstützender Maßnahmen zu treffen. Dazu zählen u. a. eine Grundsatzabteilung im Ministerium zur Bündelung der organisatorischen Strukturen, der Aufbau eines „Network of Excellence“ zur wissenschaftlichen Beratung und nicht zuletzt die Entwicklung eines ernährungspolitischen Aktionsplanes [8].

Inwieweit sich diese grundlegenden Vorschläge für eine zukunftsweisende Ernährungspolitik in der aktuellen Ernährungspolitik wiederfinden, soll an einigen Beispielen im Folgenden gezeigt werden.

### Leitbilder und Ziele der aktuellen Ernährungspolitik in Deutschland

Exemplarisch für zuvor angesprochene Teilbereiche der Ernährungspolitik sollen im Folgenden die Agrar- und die Verbraucherpolitik näher beleuchtet werden, da hier Verände-

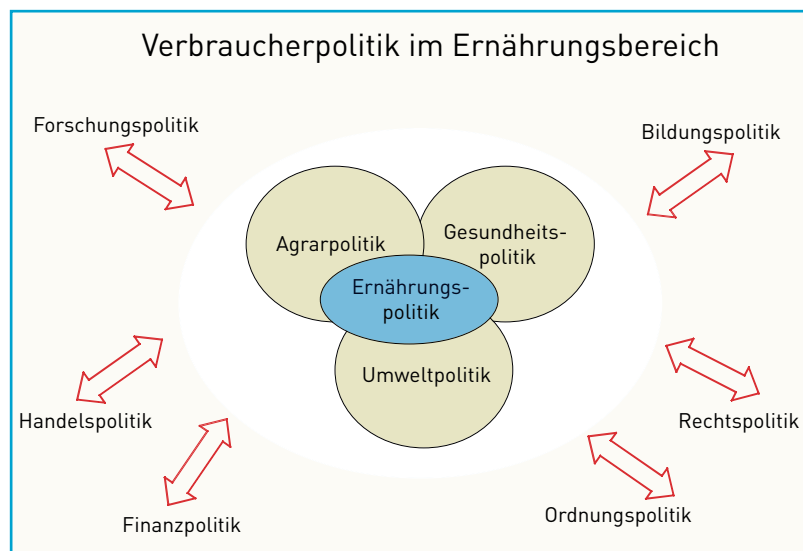


Abb. 2: Vernetzung der Ernährungspolitik. Quelle: [8]

## Institutionen der Ernährungspolitik

- Parlament mit Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)
- Bundesministerium für Gesundheit (BMG)
- Deutsche Gesellschaft f. Ernährung (DGE)
- Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel (BFEL), Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), ...

Abb. 3: Institutionen der Ernährungspolitik. Quelle: [8]

rungen in grundsätzlichen Standpunkten besonders deutlich werden. Interessant ist, dass *Eigenverantwortung* und *Nachhaltigkeit* in beiden Politikbereichen zunehmend an Bedeutung gewinnen. Letzteres ist sicherlich nicht allein auf aktuelle umweltpolitische Diskussionen zum Klimaschutz zurückzuführen, sondern geht auf das siebte der acht UN-Millennium-Ziele zurück [5].

## Agrarpolitik

Aufschluss über die Ziele und das Selbstverständnis der Agrarpolitik gibt der jährlich herausgegebene *Agrarpolitische Bericht*: „Eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Land-, Forst-, Fischerei- und Ernährungs-

wirtschaft ist Leitbild der Agrarpolitik der Bundesregierung. ...Die markt-, struktur-, umwelt- und sozialpolitischen Maßnahmen der Agrarpolitik sollen die Wettbewerbsfähigkeit der Agrarwirtschaft stärken ...“ [9 (S. 39)].

Hinter den agrarpolitischen Zielen von 2006 und 2007 (Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit, nachwachsende Rohstoffe, Fischereipolitik, internat. Ernährungs- und Agrarpolitik [9, 10]) steckt die Sicherung der Nahrungsversorgung, d. h. die Lebensmittelbereitstellung über die gesamte Produktionskette hinweg und bezogen auf verschiedene Produktgruppen auf nationaler wie auch internationaler Ebene. Hierbei ist der Einfluss der Europäischen Union auf die nationale Agrarpolitik von beson-

derer Bedeutung, denn die Regulierung des Binnenmarktes in Europa ist noch heute primäre Aufgabe des Staatenbundes [11].

Ein zukunftsorientiertes Leitbild der Lebensmittelbereitstellung in der Agrarpolitik ist *nachhaltiges* Wirtschaften [12, 13]. Hinsichtlich der unternehmerischen Verantwortung wird Ernährungspolitik im Sinne einer „Ernährungswende“ in einem Produktangebot gesehen, das alltagsadäquat, umweltverträglich und gesundheitsförderlich ist [14]. „*Nachhaltiges Ernährungshandeln wird sich bei den KonsumentInnen nur dann durchsetzen, wenn ein vielfältiges Mainstream-Angebot an umweltverträglichen und gesundheitsfördernden Ernährungsangeboten – Lebensmittel und Außer-Haus-Mahlzeiten –*

## Ernährungsberichte

Die Ernährungsberichte der Deutschen Gesellschaft für Ernährung werden im Auftrag der Bundesregierung herausgegeben. Der erste Bericht erschien im Jahr 1969, seit 1972 werden die Ernährungsberichte alle 4 Jahre veröffentlicht. Sie enthalten für alle Verantwortlichen in der Ernährungs- und Gesundheitspolitik sowie Lehr-, Fach- und Mittlerkräfte handlungsrelevante Informationen über die Ernährungssituation der Bevölkerung, über Ernährungsrisiken und aktuelle Entwicklungen. Der nächste Bericht wird im Jahr 2008 erscheinen.

*möglichst flächendeckend zur Verfügung steht und die Gestaltung von Ess-Situationen an Nachhaltigkeit als Qualitätskriterium ausgerichtet wird ...“ [14 (S. 153)].*

Zum komplexen System der Lebensmittelbereitstellung gehört die Nahrungsmittelerzeugung ebenso wie Verarbeitung, der Handel sowie mehrere zwischengeschaltete Transportschritte (◆Abbildung 5).

Die *Lebensmittelproduzenten*, die zunehmend unter Wettbewerbsdruck stehen [12], setzen das Prinzip der Nachhaltigkeit vor allem in ihren Ver-

## Aufgaben der Ernährungspolitik

- Erzeugung sicherer Lebensmittel
- Rechtssicherheit
- Förderung und Überwachung der Lebensmittelbereitstellung
- Ernährungsnotfallvorsorge
- Staatliche Prävention und Vorsorge
- Risikomanagement, -bewertung und -kommunikation
- Ernährungsforschung
- Verbraucherinformation, -bildung
- Unterstützung von Verbraucherorganisationen
- Recht der Bürger auf Mitwirkung
- Ernährungspolitik und Verbraucherinteressen ressortübergreifend
- Wahrung des Menschenrechts auf Nahrung
- Internationale Ernährungspolitik

Abb. 4: Aufgaben der Ernährungspolitik. Quelle: [8]



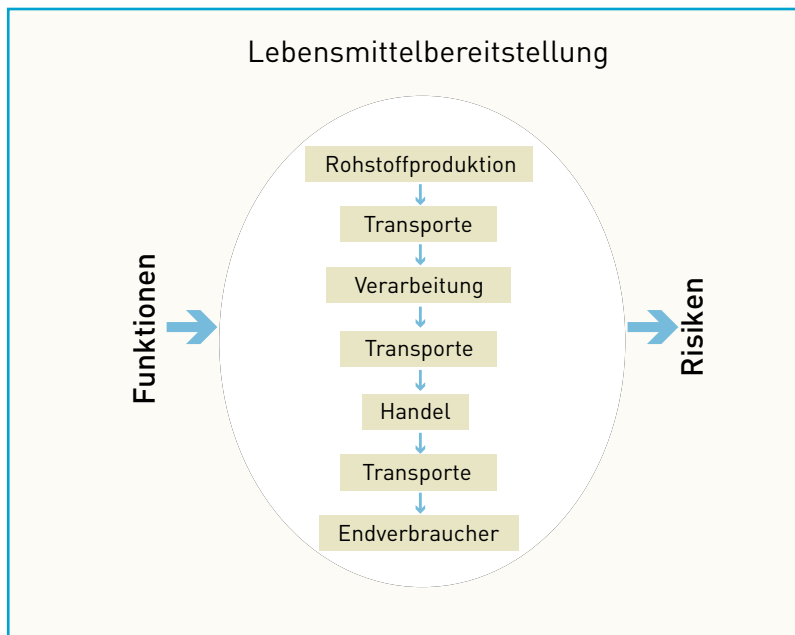


Abb. 5: Lebensmittelbereitstellung. Quelle: [15]

einbarungen zum internationalen Standard für die Auditierung von Lebensmittelherstellern (IAS) und entsprechender Zertifizierung um (inkl. HACCP-Konzept) wie auch in europaweit vereinbarten Futtermittelstandards. Als neuer Lebensmittelmarkt im Sinne der Nachhaltigkeit werden Öko-Lebensmittel gesehen [13].

Da das System der Absatzwege für Lebensmittel sehr komplex ist (◆Abbildung 6), übernimmt der Handel gesamtgesellschaftlich wichtige Aufgaben, wie z. B. Raum- und Zeit-

überbrückung, Sortimentsbildung und Qualitätssicherung. Knapp zwei Drittel der Lebensmittel werden in Deutschland über den Lebensmittel-einzelhandel und nur ca. ein Drittel über den Direktvertrieb und das Außer-Haus-Geschäft angeboten [12].

In puncto Nachhaltigkeitspolitik lassen sich in diesem System Ansätze in einigen Bereichen des Lebensmittel-einzelhandels und in den (staatlichen) Gemeinschaftsverpflegungs-

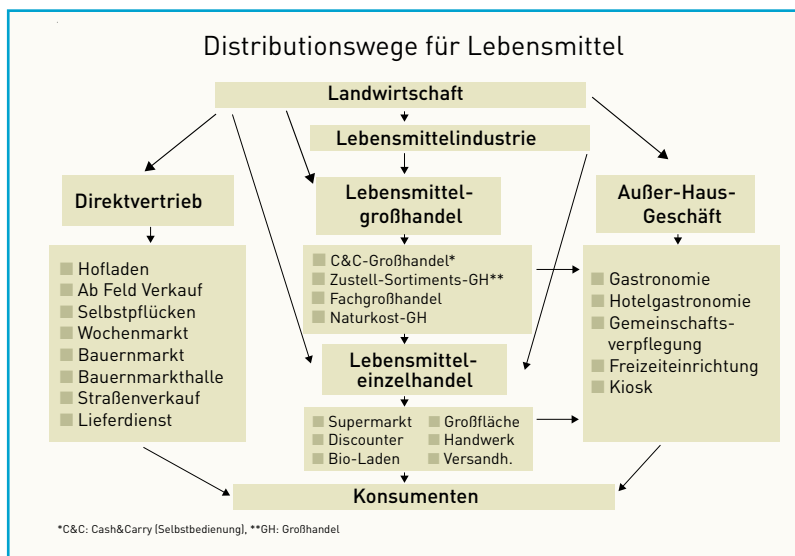


Abb. 6: Distributionswege für Lebensmittel. Quelle: [13]

Einrichtungen des Außer-Haus-Marktes finden. Eine echte Herausforderung stellt unternehmenspolitisch jedoch die „Ökologisierung“ der konventionellen Vertriebswege dar (Standortebene, Verkaufsstellen-, Sortiments-, Logistik-, Waren-, Preis-, Kommunikationsebene) [12]. Der Nachhaltigkeitsdiskurs geht also in zwei Richtungen: Einerseits steht die Überlebensfähigkeit nachhaltig wirtschaftender kleinbetrieblicher Bio- und Regionalstrukturen in Konkurrenz zu den Großunternehmen. Andererseits gilt es auch, über ökologische und soziale Anforderungen an die konventionelle Lebensmitteldistribution nachzudenken.

In der Studie „Future Food“ des Zukunftsinstitutes in Kelkheim wird ebenfalls auf die Notwendigkeit für die Unternehmen hingewiesen, sich mit der immer komplexer werdenden Lebenswelt moderner Konsumenten auseinanderzusetzen, um sozial- sowie umweltverträglich lukrative, effektive und gleichzeitig verantwortungsvolle Vertriebs- und Vermarktungsansätze zu entwickeln [16].

### Verbraucherpolitik

Verbraucherpolitik dient nicht allein der staatlichen Fürsorge für den einzelnen Verbraucher, sondern als Lenkungsinstrument für wirtschaftlich und gesellschaftlich nachhaltige Entwicklung, bei der sowohl der Markt als auch der Verbraucher (Information, Transparenz) in seinen Bedürfnissen berücksichtigt werden.

Der Kurswechsel 2002 hin zu einer *Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie* („Perspektiven für Deutschland“, [17]) findet sich auch in der Verbraucherpolitik wieder. In diesem Zusammenhang bedeutet dies, sozial verträglich, generationengerecht und ökologisch vertretbar zu handeln (nachhaltiger Konsum). „*Nachhaltige Konsummuster und nachhaltige Produktionsweisen bedingen sich gegenseitig.*“ [18 (S. 5)]. Entsprechend fordert die Bundesregierung die Unternehmen zu einer „offenen Informationspolitik“ gegenüber den Verbrauchern

auf. Auf Europaebene setzt sie sich für ein hohes Verbraucherschutzniveau ein, dass ggf. durch nationale Regelungen ergänzt wird. Auch gegenüber der WTO vertritt sie eine verstärkte Berücksichtigung von Verbraucherinteressen (als non-trade-concerns) [18]. Bemühungen in Politik und Wirtschaft machen deutlich: „Nachhaltige Entwicklung ist ein gesellschaftliches Projekt.“ [18 (S. 216)].

Ist aber unser derzeitiges gesellschaftliches Klima in Anbetracht von Arbeitsplatzunsicherheit, steigenden Verbraucherpreisen etc. bereit für nachhaltige Veränderungen? Für die Zukunft werden durchaus unterschiedliche Konsumtrends vorausgesagt, die sich z.T. widersprechen. Einerseits sind es eher nicht-nachhaltige Strategien, die Verbraucher anstreben (z.B. Preisbewusstsein vor Nachhaltigkeitsbewusstsein). Andererseits werden auch Chancen für nachhaltige Ernährungs- und Konsummuster postuliert, durch die Pluralisierung der Lebensstile und Werthaltungen (Familienstruktur, Gesundheit, Region, Umwelt etc. [19]). „Verbraucherpolitische Strategie 2002–2006“ ist ein Arbeitsprogrammtitel der Europäischen Kommission mit den Zielen, europaweit ein hohes Verbraucherschutzniveau zu erreichen, Verbraucherinformation und Bildung zu verbessern sowie Verbraucherverbände in Gestaltungsprozesse mit einzubinden [20].

Komplexe und schnelllebige wirtschaftliche Entwicklungen wie auch ein verändertes Informationsverhalten der Verbraucher (Kommunikationskompetenz, Mobilität, Flexibilität) bieten mehr Wahlfreiheiten, erfordern aber gleichzeitig auch mehr Orientierungshilfen in komplexen Märkten und Dienstleistungsangeboten. Einen wesentlichen Anteil bei der Umsetzung verbraucherpolitischer Maßnahmen hat hier der *Aktionsplan Verbraucherschutz* von 2003. „Vorsorgender gesundheitlicher Verbraucherschutz“ lautet das Ziel der Bundesregierung hierzu [18]. Dabei geht es um Rückverfolgbarkeit und Gefahrenerkennung entlang der Produktionskette

ebenso wie den Schutz vor Täuschung und Irreführung – insbesondere für Zielgruppen wie Kinder, Kranke und Alte.

### Nationaler Aktionsplan zur Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel und Übergewicht

Die Vielzahl an Einzelmaßnahmen zur Umsetzung der oben genannten ernährungspolitischen Ziele lässt sich an dieser Stelle nicht erschöpfend darstellen. Am Beispiel der Entwicklung des „Nationalen Aktionsplans Ernährung“ und seinen bisherigen flankierenden Maßnahmen lässt sich jedoch ein Eindruck von den komplexen Problembereichen und ihren Lösungsmöglichkeiten gewinnen.

mission) entwickelten Strategien wurden in der *Badenweiler Erklärung* festgehalten (◆Abbildung 7). Die Vorhaben sollen dazu beitragen, die körperliche Aktivität sowie den Obst- und Gemüseverzehr zu steigern und die Angebote in der Gemeinschaftsverpflegung qualitativ zu verbessern [2].

Das hieraus entstandene Eckpunktepapier „Gesunde Ernährung und Bewegung – Schlüssel für mehr Lebensqualität“, das das Bundeskabinett am 09.05.2007 beschlossen hat, stellt die Grundlage für den Nationalen Aktionsplan dar. Ein gesunder Lebensstil wird zu einem gesellschaftlichen Wert erklärt, so dass mit entsprechend verbesserten Strukturen und Maßnahmen bis 2020 das Ernäh-

**Glossar:**  
**WTO =**  
**World Trade**  
**Organization**  
  
**EFTA =**  
**European**  
**Free Trade**  
**Association**

### Von der Badenweiler Erklärung zum Nationalen Aktionsplan

#### Strategien

- Politik schafft Rahmenbedingungen
- Verbraucher und Wirtschaft als Partner
- Gesunder Lebensstil durch Verhaltens- und Verhältnisprävention
- Qualitätssicherung und Evaluation (Forschung)

#### Umsetzung

- Gesundes Umfeld schaffen
- Ernährungsbildung
- Präventionsmaßnahmen zu Ernährung und Bewegung
- Bewegungsräume
- Qualitätsverbesserung in der GV

Abb. 7: Von der Badenweiler Erklärung zum Nationalen Aktionsplan.  
 Quelle: [2]

Die Entwicklung eines gesunden Lebensstils der Menschen in Deutschland steht mehr denn je im Blickpunkt der aktuellen Präventionspolitik. So fand vom 25.–27.2.2007 in Badenweiler die durch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft initiierte Konferenz „Gesundheitliche Prävention. Ernährung und Bewegung – Schlüssel für mehr Lebensqualität“ statt. Wichtigstes Ergebnis dieser Konferenz ist das Ziel, europaweit Präventionsstrategien zu Ernährung und Bewegung umzusetzen. Diese gemeinsam von den Teilnehmern (Europarat, Vertreter der EFTA-Staaten, Zivilgesellschaft, Europäische Kom-

missions- und Bewegungsverhalten in der deutschen Bevölkerung nachhaltig verbessert werden soll [21].

Aktuelle Einzelmaßnahmen, wie z. B. die Veröffentlichung der „Qualitätsstandards für die Schulverpflegung“ [1], die Verabschiedung des „Gesetzes zur Verbesserung der gesundheitsbezogenen Verbraucherinformation“ (Verbraucherinformationsgesetz – VIG) im Bundesrat [22] und die Entwicklung eines „Leitfadens für erweiterte Nährwertinformationen“ [23] tragen zur Gestaltung und Umsetzung des Nationalen Aktionsplans bei.

## Fazit und Zusammenfassung

Die Verabschiedung des Verbraucherinformationsgesetzes und die Entwicklung des Nationalen Aktionsplans zur Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel und Übergewicht machen exemplarisch deutlich, dass Deutschland ernährungspolitisch der Vision von einer „Ernährungspolitik im Verbraucherreich“ in den letzten Jahren näher gekommen ist. Es wurden strukturelle Voraussetzungen geschaffen, Leitbilder und Ziele z. B. in der Agrar- und Verbraucherpolitik formuliert sowie Strategien erarbeitet und Maßnahmen getroffen, die zeigen, dass der Verbraucher und sein Konsum- wie auch Lebensstil mehr politisches Gewicht bekommen haben. Der ernährungspolitische Handlungsspielraum umfasst somit nicht nur die Sicherung der qualitativ hochwertigen und gesundheitlich unbedenklichen Nahrungsversorgung sondern erstreckt sich zunehmend auf Aspekte der Nachhaltigkeit und des gesunden Lebensstils. Inwieweit die Maßnahmen zukünftig auf der Seite der Produzenten, Handelspartner, Multiplikatoren und Konsumenten realisiert werden können und welche Wirkung sie zeigen, bleibt abzuwarten.

## Literatur

1. Deutsche Gesellschaft für Ernährung. Qualitätsstandards für die Schulverpflegung. 1. Auflage. DGE, Bonn (2007)
2. Die Badenweiler Erklärung. Memorandum der Konferenz „Gesundheitliche Prävention. Ernährung und Bewegung – Schlüssel für mehr Lebensqualität“. 25.–27. Februar 2007. URL: [http://www.bmelv.de/nn\\_1153286/DE/03-Ernaehrung/01-Aufklaerung/MemorandumPraevention.html\\_\\_nnn=true](http://www.bmelv.de/nn_1153286/DE/03-Ernaehrung/01-Aufklaerung/MemorandumPraevention.html__nnn=true). Zugriff 4.11.2007
3. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Aus der Geschichte des Ministeriums seit 1920. URL: [www.bmelv.de/eln\\_045/nn\\_751698/DE/14-WirUeberUns/Geschichte/\\_Geschichte\\_node.html\\_\\_nnn=true](http://www.bmelv.de/eln_045/nn_751698/DE/14-WirUeberUns/Geschichte/_Geschichte_node.html__nnn=true). Zugriff: 15.11.07
4. Fellmeth U. Brot und Politik. Ernährung, Tafelluxus und Hunger im antiken Rom. Metzler, Stuttgart (2001)
5. Millenium Development Goals. URL: <http://www.un.org/millenniumgoals/>. Zugriff 4.11.2007
6. Hayn D. Ernährungsleitbilder. In: Eberle U, Hayn D, Rehaag R, Simshäuser U (Hg.). Ernährungswende. Eine Herausforderung für Politik, Unternehmen und Gesellschaft. oekom, München (2006). S. 93–98
7. Eberle U, Hayn D, Rehaag R, Simshäuser U (Hg.). Ernährungswende. Eine Herausforderung für Politik, Unternehmen und Gesellschaft. oekom, München (2006)
8. Meier-Ploeger A, et al. Grundsatzpapier Ernährungspolitik des Wissenschaftlichen Beirats „Verbraucher- und Ernährungspolitik“ beim BMVEL. Witzhausen/ Berlin (August 2005)
9. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung 2007. Berlin (2007)
10. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung 2006. Berlin (2006)
11. Pfetsch FR. Die Europäische Union. 3. erweiterte und aktualisierte Auflage, UTB, Stuttgart (2005)
12. Spiller A. Nachhaltigkeit in Distribution und Handel. In: Brunner KM, Schönberger, GU (Hg) Nachhaltigkeit und Ernährung. Produktion – Handel – Konsum. Campus, Frankfurt (2005). S. 107–128
13. Bergmann K. Nachhaltigkeit in der Ernährungsindustrie – vagabundierendes Konzept oder Handlungsmaxime. In: Brunner KM, Schönberger, GU (Hg) Nachhaltigkeit und Ernährung. Produktion – Handel – Konsum. Campus, Frankfurt (2005). S. 93–103
14. Eberle U, Hayn D. Unternehmerische Verantwortung für eine Ernährungswende. In: Eberle U, Hayn D, Rehaag R, Simshäuser U (Hg.). Ernährungswende. Eine Herausforderung für Politik, Unternehmen und Gesellschaft. oekom, München (2006). S. 151–160
15. Fleissner U. Energetische Bewertung der Bereitstellung ausgewählter regionaler und überregionaler Lebensmittel. Dissertation. Gießen (2001)
16. Rützler H. Wie wir morgen essen – die wichtigsten Food Trends im Überblick. Vortrag auf der Zukunftskonferenz Ernährungswirtschaft. 11.–12.10.2006. Magdeburg (2006)
17. Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie. URL: [http://www.bundesregierung.de/nn\\_774/content/DE/StatischeSeiten/Breg/ThemenAZ/nachhaltigkeit-2006-07-27-die-nationale-nachhaltigkeitsstrategie.html](http://www.bundesregierung.de/nn_774/content/DE/StatischeSeiten/Breg/ThemenAZ/nachhaltigkeit-2006-07-27-die-nationale-nachhaltigkeitsstrategie.html). Zugriff 4.11.2007
18. Bundesregierung. Verbraucherpolitischer Bericht 2004 der Bundesregierung. Berlin 2004
19. Brunner KM. Konsumprozesse im alimentären Alltag: Die Herausforderung Nachhaltigkeit. In: Brunner KM, Schönberger, GU (Hg.). Nachhaltigkeit und Ernährung. Produktion – Handel – Konsum. Campus, Frankfurt (2005).
20. Verbraucherpolitische Strategie 2002–2006. URL: <http://www.europa.eu/scadplus/leg/de/lob/l32008.htm>. Zugriff 4.11.2007
21. Gesunde Ernährung und Bewegung – Schlüssel für Lebensqualität. Eckpunkte des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und des Bundesministeriums für Gesundheit zur Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht und damit zusammenhängenden Krankheiten. Erscheinungsdatum: 9.5.2007. URL: [http://www.bmelv.de/eln\\_044/nn\\_749118/SharedDocs/downloads/03-Ernaehrung/Aufklaerung/EckpunktepapierGesundeErnaehrung.html](http://www.bmelv.de/eln_044/nn_749118/SharedDocs/downloads/03-Ernaehrung/Aufklaerung/EckpunktepapierGesundeErnaehrung.html). Zugriff 4.11.2007
22. Bundesrat verabschiedet Verbraucherinformationsgesetz. URL: [http://www.bmelv.de/eln\\_044/nn\\_749972/DE/02-Verbraucherschutz/VIG/VIG\\_Bundesrat\\_2109.html\\_\\_nnn=true](http://www.bmelv.de/eln_044/nn_749972/DE/02-Verbraucherschutz/VIG/VIG_Bundesrat_2109.html__nnn=true). Zugriff 4.11.2007
23. Nährwertinformationen sollen klarer werden. URL: [http://www.bmelv.de/eln\\_044/nn\\_754188/DE/02-Verbraucherschutz/Lebensmittelsicherheit/Lebensmittelkennzeichnung/NahrwertinformationenLeitfaden.html\\_\\_nnn=true](http://www.bmelv.de/eln_044/nn_754188/DE/02-Verbraucherschutz/Lebensmittelsicherheit/Lebensmittelkennzeichnung/NahrwertinformationenLeitfaden.html__nnn=true). Zugriff 4.11.2007